



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

— ich habe eine kurze Bettunterhaltung ganz gern —, aber er sagte nichts, er war den ganzen Abend schweigsam gewesen. — Nun denn, gute Nacht, Nacht, sagte ich, auf eine erfolgreiche Jagd morgen! — Danke, sagte er, übrigens Gott mag wissen, wie erfolgreich sie wird! — Was soll das heißen? — Ach, eigentlich nichts, aber ich glaube nun einmal nicht, daß ich Glück auf der Welt habe! — Natürlich haben Sie Glück! Sie sollen sehen, Sie bekommen einen Auerhahn auf den ersten Schuß. Es entstand eine längere Pause, dann entfuhr ihm plötzlich die Frage: Wie gefällt Ihnen der schwedische Baron? — Sehr gut, antwortete ich. — Wirklich! Ich kann ihn nicht ausstehen! Nach diesem Stoßfußzer sagten wir einander Gute Nacht, und ich entschlummerte sanft. —

(Schluß folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Berliner Kaufleute und Seemacht. Weder die dem Entwurf des Flotten-gesetzes beigegebne Denkschrift des Reichsmarineamts, noch die im Reichstag bei der ersten Lesung abgegebenen Erklärungen des Reichskanzlers und der Staatssekretäre lassen einen Zweifel darüber, daß die verbündeten Regierungen den Flottenplänen eine hohe handelspolitische Bedeutung zuschreiben. Vor allem aber hat der Kaiser in seinen wiederholten Äußerungen über die Notwendigkeit einer stärkern Flotte niemals unterlassen, die Erhaltung und Erweiterung unsrer Absatzgebiete als den Hauptzweck zu bezeichnen, dem die Seemacht in der nächsten Zukunft zu dienen habe. Damit ist die allgemeine oder reinpolitische Bedeutung der Flotte, d. h. ihr Wert für die Aufrechterhaltung der Großmachtsstellung Deutschlands und unsrer politischen und nationalen Unabhängigkeit weder bestritten noch geschmälert. Das deutsche Reich ist eben mit seiner schnell wachsenden Bevölkerung von dreihundfünfzig Millionen nicht mehr imstande, seine politische und nationale Unabhängigkeit aufrecht zu erhalten, wenn es sich mit der Gütererzeugung und dem Güteraustausch auf seine zu eng gewordenen Staatsgrenzen und den von ihnen eingefriedigten Grund und Boden beschränken will. Das Charakteristische der neuen Zeit ist für Deutschland, daß seine auswärtige Politik viel mehr als früher, ja schon ganz vorwiegend handelspolitische Aufgaben zu erfüllen hat, daß seine Wehrkraft nicht mehr allein für die Unverletzlichkeit des Staatsgebiets, sondern auch für den Schutz unsrer Handelsbeziehungen draußen sorgen und dieser neuen Aufgabe gewachsen sein muß. Das gewaltige Landheer allein, dem freilich immer mehr Rekruten zuwachsen, genügt dazu nicht mehr. Unsre unentbehrlichen Handelsbeziehungen sind nun einmal überseeisch und werden es voraussichtlich noch für Menschenalter bleiben. Sie sind zur See zu allererst gefährdet und müssen dort verteidigt werden, und wenn wir das nicht können, so sind die Milliarden, die das Landheer kostet, bei der neuen Lage der Verhältnisse einfach zum Fenster hinausgeworfen, sobald eine feindliche Macht unsern Seehandel zu vernichten sucht. Da können wir zu Lande Felddienst üben und nach der Scheibe schießen, so viel wir wollen, das sichts den

Feind, der uns an den Hals will, wenig an; da können wir zu Hause die Großmacht spielen mit immer neuen Bataillonen, Schwadronen und Batterien, draußen hätten wir unter den Großmächten trotz alledem unsre Rolle ausgespielt, und wir hätten Spott und Vergewaltigung in ihrem bekannten „Konzert“ ganz bescheiden hinzunehmen und möglichst noch die Hand dafür küssen. Das liegt alles so klar zu Tage, daß jeder Widerspruch eigentlich unmöglich erscheinen sollte. Und doch wird er laut gerade da, wo er am wenigsten zu erwarten wäre, wenn nicht der helle Unverstand, wie es den Anschein hat, wieder einmal im deutschen Volke spukte.

Das Ältestenkollegium der Korporation der Berliner Kaufmannschaft hat, wie die Zeitungen melden, auf eine vom Handelstage oder sonst woher ergangne Anfrage, ob es sich an einer Kundgebung für die Flottenverstärkung beteiligen wolle, einstimmig eine ablehnende Antwort zu geben beschlossen mit der Begründung, das sei eine „rein politische“ Sache, mit der es sich nicht zu befassen habe und die den Handelstag nichts angehe. Das ist angesichts der Flottenpläne des deutschen Kaisers von der berufenen Vertretung des Großhandels und, wohlgemerkt, auch der Großindustrie der Reichshauptstadt beschlossen worden, und wir zweifeln gar nicht daran, daß, bis diese Zeilen gedruckt sind, noch andre Handelskammern in deutschen Großstädten diesem Beispiel der Berliner „Ältesten“ gefolgt sein werden. Ein solcher Ausfluß höchster handelspolitischer Reife und Weisheit verdient eine nähere Beleuchtung.

Die „Ältesten“ glauben die Sache jedenfalls besonders fein, besonders pffiffig gedreht zu haben. Zu der Flottenfrage haben sie weder ja noch nein gesagt. Nach oben und unten, nach links und rechts sind sie „schön raus.“ Wer kann ihnen etwas vorwerfen? Niemand hat ein Recht, laut zwischen den Zeilen zu lesen. Nur die gewissenhafte Sache, gegen das Gesetz zu verstoßen, das seine Zuständigkeit begrenzt, hat das Kollegium bewogen, so zu beschließen. So steht geschrieben; niemand kann etwas andres beweisen, wenn die Herren Ältesten, wenn ganz Berlin, ganz Deutschland auch zehnmal wissen, daß es anders ist. Es ist zum Erschrecken, daß man in der Vertretung der Berliner Großindustrie und des Berliner Großhandels solche alte „ausgefahne“ Praktiken noch für möglich hält. Wissen denn die Herren wirklich nicht, daß heutzutage die Öffentlichkeit auf solche Pffiffigkeiten pfeift? Glauben sie wirklich, daß der Großhandel und die Großindustrie der Reichshauptstadt sich in dieser Frage so aus der Affaire ziehen könne, ohne in heillosen Weise die Stellung und den Einfluß ihres ganzen Standes in Staat und Reich zu schädigen? Und das noch dazu in einer Zeit, wo eine mächtige, erbitterte Gegnerschaft sich aufs äußerste abmüht, sein Recht, sein Ansehen, seine Ehre beim Volk und bei der Regierung herabzusetzen! Ist diesen alten Geschäftsleuten wirklich nicht klar, wessen Geschäfte sie durch diese Überschlauheit führen? Viel besser wäre es für sie gewesen, sie hätten offen und ehrlich Farbe bekannt, als sich hinter die Schranken ihrer Zuständigkeit zu verkriechen, die sie doch nicht decken. Kein Buchstabe im Gesetz verwehrt ihnen, die handelspolitische Bedeutung einer politischen Frage zu erörtern, und unzähligemale haben preussische Handelskammern für dieses gute Recht gekämpft, dessen sich die Berliner Handelskammer, eben die Herren „Ältesten,“ jetzt in unerhörter Verblendung selbst berauben. Also fort mit der Maske, die niemanden täuscht und kein Wort weiter wert ist. Der Beschluß der Herren Ältesten der Berliner Kaufmannschaft lautet in ehrliches Deutsch übersetzt einfach: Wir stimmen gegen die Flottenverstärkung, weil wir der deutschen Seemacht eine handelspolitische Bedeutung auch für die Zukunft nicht zuerkennen; wir stehen „unentwegt“ zur Fahne der Demokratie im Bunde mit der

Sozialdemokratie gegen die „uferlosen Flottenpläne“ der Regierungen und des Kaisers. So zu beschließen haben sie das Recht, so lange ihre Wähler sich das gefallen lassen. Sie müssen wissen, welches Maß von Widersinn diese, d. h. Berlins Großkaufleute und Großindustrielle vertragen.

Das ist, wie wir annehmen dürfen, ein ganz riesiges Maß, wo immer es sich um „Bürgerstolz vor Fürstenthronen“ und feiger Furcht vor Fortschrittsphilistern handelt. Es sollte uns gar nicht wundern, wenn von den freisinnigen Bürgern Berlins dem Ältestenkollegium Ruhmeskränze für seine kluge Mannhaftigkeit reichlich dargebracht würden. Es sollte uns an sich auch wenig bekümmern. Aber schwer bekümmern muß es jeden patriotischen gebildeten Mann im deutschen Reiche, daß sich die Kaufmannschaft der Reichshauptstadt so beeilt hat, der gesunden handelspolitischen Entwicklung und damit der gesunden Entwicklung der deutschen Politik überhaupt den empfindlichsten Schlag zu versetzen, wo angeichts der Kämpfe um die Handelsverträge einmütiges, festes Zusammenhalten und verständnisvolles, treues Einstehen des Bürgertums für die weitfichtige gewissenhafte Hohenzollernpolitik des Kaisers das einzige Bollwerk schaffen kann gegen die wachsende Übermacht von Junkertum und Ultramontanismus. Bei der alten Demokratie zur Zeit des deutschen Bundes war die patriotische Begeisterung für ein einiges Deutschland immer und überall unzertrennlich mit dem felsenfesten Glauben an seinen Großmachtberuf und mit dem vollsten Verständnis für eine starke deutsche Flotte verbunden. Bei den Demokraten von heute ist jede Spur von Begeisterung und Glauben verschwunden, und ebenso jede Spur von Verständnis für deutsche Großmacht und Seemacht. An den Patriotismus der Alten erinnert im demokratischen Berlin nur noch die Ausschmückung der Märzgräber, und die geschieht aus Furcht vor der Gefolgschaft Bebels und Singers. Möge diesem Epigonenpatriotismus die neue Flottenfrage zum wohlverdienten Gericht werden, mögen an dieser Frage die Berliner Kaufleute und Bürger und nicht am wenigsten die Berliner Juden endlich erkennen, wie schlecht ihre Interessen vertreten sind.

Nachschrift. Am 15. Dezember hat der Kaiser an seinen Bruder, der sich nach Ostasien einschiffte, folgende goldnen Worte gerichtet: „Das deutsche Reich hat in der staunenswerten Entwicklung seiner Handelsinteressen einen solchen Umfang gewonnen, daß es meine Pflicht ist, der neuen deutschen Hanse zu folgen und ihr den Schutz angedeihen zu lassen, den sie vom Reich und vom Kaiser verlangen kann. Es soll unter dem schützenden Panier unsrer deutschen Kriegsslagge unsern Handel, dem deutschen Kaufmann, den deutschen Schiffen das Recht zu teil werden, was wir beanspruchen dürfen, das gleiche Recht, was von Fremden allen andern Nationen gegenüber zugestanden wird. Neu ist auch unser Handel nicht; war doch die Hanse in alten Zeiten eine der gewaltigsten Unternehmungen, die je die Welt gesehen, und es vermochten einst die deutschen Städte Flotten aufzustellen, wie sie bis dahin der breite Meeresrücken wohl kaum getragen hatte. Aber die Hanse verfiel und mußte verfallen, weil die eine Bedingung fehlte, nämlich die des kaiserlichen Schutzes. Jetzt ist es anders geworden. Die erste Vorbedingung: das deutsche Reich ist geschaffen, die zweite Vorbedingung: der deutsche Handel blüht und entwickelt sich. Und er kann sich nur gedeihlich und sicher entwickeln, wenn er unter der Reichsgewalt sich sicher fühlt. Reichsgewalt bedeutet Seegewalt, und Seegewalt und Reichsgewalt bedingen sich gegenseitig so, daß die eine ohne die andre nicht bestehen kann.“

Mit Stolz sollte doch endlich der deutsche Kaufmann und vollends der Berliner Großindustrielle und Großhändler auf unsern Kaiser blicken, statt durch jammer-

volle kleinliche Nörgelei und Reinsagerei diesem Kaiser gegenüber nach der Gunst des „Fortstritts“ und des „Vorwärts“ zu haschen. Der Fluch unauslöschlicher Lächerlichkeit trifft jetzt jenes „freisinnige“ Berliner Spießbürgertum mit und ohne Millionen, das den Hohenzollern so unendlich viel verdankt und nie gedankt hat. Von Fortschritt und Vorwärts in der Wirklichkeit sollen diese Spreehansenten zu reden aufhören, sie haben von jetzt an noch weniger Recht dazu, wie der verbitterte ostelbische Krautjunker.



Litteratur

Die soziale Kategorie in der Volkswirtschaftslehre. Von Rudolf Stolzmann, Kaiserlichem Geheimem Regierungsrat. 1. Grundlegender und kritischer Teil. Berlin, Puttkammer und Mühlbrecht, 1896

Der Verfasser findet, daß sich die „dogmatische“ Volkswirtschaftslehre bisher auf das rein Ökonomische beschränkt, die Aufgabe aber nicht gelöst habe, „die sozialen Beziehungen und Gesetze aufzudecken, die die Individualwirtschaften aus der höhern Einheit des sozialen Gesamtkörpers entlehnen“; erst die Volkswirtschaftspolitik, „d. h. die Lehre, die da untersucht, was werden soll,“ habe sich auf diese Seite der Sache geworfen, und da hätten denn Sozialisten aller Art den Individualismus bekämpft. Uns scheint, daß Adolf Wagner die Aufgabe, die Stolzmann stellt, so ziemlich gelöst und doch dabei ein „dogmatisches“ Lehrbuch geliefert hat. Darum wollen wir jedoch Stolzmanns Arbeit nicht für überflüssig erklären. Den ersten Band füllt fast ganz eine sehr gute Kritik der bisherigen Werttheorien aus, deren Ergebnisse an dieser Stelle weder dargestellt noch beurteilt werden können. Wir wollen nur zur Charakteristik des Standpunkts des Verfassers eine Stelle hervorheben. Am Schlusse der Kritik der Marx'schen „Arbeitskostentheorie“ schreibt er: „Von meinem Standpunkte aus möchte ich den Sozialisten den Rat geben, von der Arbeitskostentheorie künftighin ganz abzusehen, sie in die Kumpellammer zu werfen, wohin sie gehört, ihre eigne Lehre nicht mit dem Wechselbalg zu vermengen und sie dadurch unnötigerweise zu diskreditiren. Sie werden dann erwägen, ob es, da Kapital und Natur ebenso gut Produktionsfaktoren wie die Arbeit sind, nicht besser ist, alle drei Faktoren ruhig neben einander weiter arbeiten, die Eigentümer der erstern beiden aber, ohne ihnen ihr Eigentum zu entreißen, sich weiterhin darin abmühen zu lassen, daß sie recht viel Güter hervorzaubern. Möge man sich darauf beschränken, die Verteilung der produzierten Güter, d. i. das richtige*) Verhältnis der historischen Kategorien Arbeitslohn, Kapitalgewinn und Grundrente besser zu regeln. Bei diesen ihren geläuterten Bestrebungen wird ihnen die Sympathie und die hilfreiche Hand aller edel und billig denkenden Menschen nicht fehlen. Sie würden durch Änderung der Werttheorie auch keine allzugroße Impietät gegen Marx begehen; denn was Marx ge-

*) Dieses Adjektivum ist überflüssig; wenn das Verhältnis schon richtig ist, braucht es nicht besser geregelt zu werden, ja kann es gar nicht besser geregelt werden.